

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung:

Ehrgeizige Ziele und konkrete Aktionen

Das Jahr 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island. Zentrales Ziel des EU-Jahres, das in Deutschland unter dem Motto „Mit neuem Mut“ steht, ist es, das Bewusstsein für Armut und soziale Ausgrenzung sowie die gesellschaftliche Verantwortung zu schärfen und allen den Rücken zu stärken, die die Probleme im Alltag aktiv angehen. Betroffenenvertreter, Verbände sowie Länder und Kommunen sind in die Aktion eingebunden.

Ein Beitrag von
Ines Spengler

Seit nunmehr 17 Jahren wählt die Europäische Kommission regelmäßig ein Motto für das **„Europäische Jahr“** aus, mit dem sie ein bestimmtes Thema europaweit in den Mittelpunkt rückt. Zu diesem Motto finden dann mit finanzieller Unterstützung der EU in den EU-Mitgliedstaaten nach bestimmten inhaltlichen Vorgaben konzentriert Veranstaltungen statt, um so bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den maßgeblichen Akteuren und Verantwortlichen, eine Sensibilisierung für das Thema zu erreichen und der Gesellschaft ein geschärftes Bewusstsein zu vermitteln. Das Europäische Parlament und der Europäische Rat hatten 2008 beschlossen, das Jahr 2010 zum **„Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“** (EJ 2010) auszurufen. An Kofinanzierungsmitteln hat die Union 17 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Hintergrund ist, dass sich die EU der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in besonderem Maße verpflichtet sieht und dieses Ziel auch nicht erst seit der Benennung des Europäischen Jahres stringent verfolgt. Bereits als im März 2000 die Lissabon-Strategie gestartet wurde, haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs verpflichtet, die Beseitigung der Armut bis 2010 „entscheidend voranzubringen“. Mit der EU-Strategie 2020 sind diese gesellschaftlichen Herausforderungen erneut in den Vordergrund gerückt, da auch hier als eines



Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, hat am 25. Februar 2010 das Europäische Jahr in Deutschland eröffnet

der fünf messbaren Leitziele die Armutsbekämpfung genannt wird. Denn Armut und Ausgrenzung sind nicht nur schädlich für das Wohlergehen dieser Menschen und ihrer Fähigkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, sondern stellen auch einen negativen Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung dar.

Armut auch in der Europäischen Union

Auch wenn die europäischen Sozial- und Absicherungssysteme als fortschrittlich zu bezeichnen sind, gibt es dennoch Zahlen und Fakten, die die Notwendigkeit der Kampagne belegen: So leben 79 Millionen Menschen und damit 16 Prozent der europäischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Einer von zehn Europäern lebt heute in

Zur Autorin:

Ines Spengler ist Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) dort unter anderem Ansprechpartnerin für EU-Förderthemen.

einem Haushalt, in dem niemand arbeitet. Aber auch Arbeit schützt nicht immer vor dem Risiko der Armut. Für acht Prozent der Europäer genügt eine Arbeitsstelle nicht, um der Armut zu entkommen. In den meisten EU-Mitgliedstaaten sind Kinder mehr noch als Erwachsene der Gefahr von Armut ausgesetzt. 19 Prozent aller Kinder sind von Armut bedroht, also etwa 19 Millionen.

In der EU wird Armut hauptsächlich über das Einkommen der Menschen definiert. So gilt als armutsgefährdet, wer 60 Prozent oder weniger des nationalen Durchschnittseinkommens verdient. Aber auch Kriterien wie die Arbeitslosenquote, die Wohnverhältnisse, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sowie der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie dem Gesundheitssystem zählen dazu.

Wie die europäischen Bürgerinnen und Bürger das Thema „Armut“ einschätzen, zeigen die Ergebnisse einer im Oktober 2009 veröffentlichten **Eurobarometer-Umfrage**. Danach glauben fast drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger, dass Armut in ihrem Land weit verbreitet ist. Besonders in Ungarn, Bulgarien und Rumänien wird diese Auffassung geteilt. Und sie trifft auch zu, da in diesen Ländern die Arbeitslosenquote im europaweiten Vergleich am höchsten ist.

Die Europäerinnen und Europäer glauben auch, dass das höchste Risiko für Armut die Arbeitslosigkeit darstellt, gefolgt von dem Merkmalen „Alter“ und „Bildungsmangel“. Statistiken zeigen, dass Arbeitslose tatsächlich eine Gruppe darstellen, bei denen eine Gefahr besteht, in Armut abzugleiten. 42 Prozent der Personen ohne Job verfügen über ein Einkommen unterhalb der nationalen Armutsgrenzen. Acht von zehn Europäern meinen, dass Armut in ihrem Land in den letzten drei Jahren zugenommen hat. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, wie die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise einschätzen. 89 Prozent der Befragten glauben auch, dass die nationalen Regierungen jetzt am Zug sein sollten, schleunigst Maßnahmen einzuleiten, die diese Entwicklung aufhalten und die Armutsentwicklung stoppen. Aber auch die EU sollte unbedingt entsprechende Maßnahmen ergreifen, meinten 28 Prozent der Befragten.

Prioritäten des Europäischen Jahres

Im Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Rates über das Europäische Jahr zur Bekämpfung von



Fast 80 Millionen Menschen in der EU leben unterhalb der Armutsgrenze und sind bei Arbeit, Bildung, Wohnen sowie sozialen und finanziellen Dienstleistungen ernsthaft benachteiligt

Armut und sozialer Ausgrenzung wurden die Prioritäten festgelegt, die angepasst an die jeweiligen nationalen, regionalen und lokalen Gegebenheiten und Herausforderungen in den EU-Mitgliedstaaten sowie in Island und Norwegen im Rahmen des Europäischen Jahres zu nennen sind. Grundsätzlich soll einerseits den Vorurteilen und möglichen Diskriminierungen gegenüber von Armutsrisiken und Ausgrenzung betroffener Menschen begegnet werden. Gleichzeitig sollen Ansätze zu deren Überwindung aufgezeigt werden. Im Einzelnen werden die Schwerpunkte wie folgt definiert:

- Förderung bereichsübergreifender Strategien zur Verhinderung und Verringerung von (vor allem extremer) Armut sowie von Ansätzen, die sich durchgängig in allen relevanten Politikbereichen wiederfinden;
- Bekämpfung der Kinderarmut, einschließlich der „Vererbung“ von Armut und der Armut in Familien unter besonderer Berücksichtigung von Groß- und Ein-Eltern-Familien sowie Familien, die eine pflegebedürftige Person betreuen, und der Armut von in Einrichtungen untergebrachten Kindern;
- Förderung integrativer Arbeitsmärkte im Hinblick auf Armut trotz Erwerbstätigkeit und das Erfordernis, dass Arbeit sich lohnen muss;
- Beseitigung der Benachteiligung in Bildung und Ausbildung, auch beim Erwerb von digitaler Kompetenz, und Förderung des gleichen Zugangs zu den Informations- und Kommunikationstechnologien für alle, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse behinderter Menschen;
- Bewältigung der geschlechts- und altersspezifischen Dimension der Armut;
- Sicherstellung des gleichen Zugangs zu angemessenen Ressourcen und Leistungen, zu denen auch angemessener Wohnraum sowie Gesundheits- und Sozialschutz gehören;

- Erleichterung des Zugangs zu Kultur und Freizeitmöglichkeiten;
- Überwindung von Diskriminierung und Förderung der sozialen Eingliederung von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten;
- Förderung integrierter Ansätze zur aktiven Eingliederung;
- Eingehen auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien sowie von Obdachlosen und anderen Gruppen und Personen in schwierigen Lagen.

Wie bei den anderen Europäischen Jahren auch, findet zur Umsetzung der formulierten Ziele eine Aufgabenteilung statt. So kümmert sich die Europäische Kommission darum, etwa Programme zu konzipieren und durchzuführen, mit denen soziale Innovationen für die Schwächsten der Gesellschaft gefördert werden sollen sowie die Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Systeme der sozialen Sicherung und der Altersvorsorge zu prüfen und Möglichkeiten eines besseren Zugangs zur Gesundheitsversorgung zu erkunden.

Aufgabe der Mitgliedstaaten ist es, durch gezielte Maßnahmen und Aktionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene die Verantwortung der Gemeinschaft für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu fördern sowie Maßnahmen zu konzipieren und durchzuführen. Diese sollen vor allem besonders gefährdeten gesellschaftlichen Gruppen wie Alleinerziehenden, älteren Frauen, Minderheiten, Roma, Behinderten und Obdachlosen gerecht werden. Die nationalen Systeme der sozialen Sicherung und der Altersvorsorge sollen so ausgebaut werden, dass eine adäquate Einkommensstützung und der Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleistet sind.

Am 21. Januar 2010 wurde das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mit einer großen Konferenz in Madrid eingeläutet. Vor mehr als 300 Delegierten riefen die EU, die nationalen Regierungen sowie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Anti-Armut-Organisationen zum Handeln auf. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte: „Dank unserer europäischen Partnerschaftskultur haben wir die Möglichkeit, das Leben der 84 Millionen EU-Bürger, die derzeit von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, nachhaltig zu verbessern.“ Vladimír Špidla, damaliger EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, fügte hinzu: „Das Versprechen eines besseren Lebens für alle, und ganz besonders

für die sozial schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, muss im Zentrum des europäischen Projekts stehen.“ An der Konferenz nahmen auch Personen teil, die selbst von Armut betroffen sind, so etwa ein Mitglied der italienischen Roma-Gemeinde, der auf der Grundlage seiner persönlichen Erfahrungen erläuterte, was soziale Ausgrenzung bedeutet.

Umsetzung in Deutschland

In Deutschland organisiert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Durchführung des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Als so genannte Nationale Durchführungsstelle kümmert sich das BMAS um die Gesamtkoordination, das Medienkonzept, die Verwaltung des Gesamtbudgets, die Betreuung der finanziell geförderten Projekte und die Unterstützung von Projekten ohne



Im Rahmen des Europäischen Jahres sollen vor allem Menschen in schwierigen Lebenslagen wie etwa Menschen mit Behinderungen unterstützt werden

Förderung. Zur Unterstützungsstruktur gehören ein Programmbeirat, in dem auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten sind, eine Länderarbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertreter aller Bundesländer sowie ein Ressortkreis mit Vertreterinnen und Vertreter der Fachministerien. Auch Prominente aus Politik, Kultur und Sport wurden angesprochen und sind bei der Unterstützung und Verbreitung der Zielsetzungen und guten Beispielen engagiert.

In Deutschland lautet das Motto des Europäischen Jahres 2010  „Mit neuem Mut“. Bis zum Herbst 2009 hatte das BMAS zur Einrei-

Kontakt

Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Nationale Durchführungsstelle EJ 2010
Referat Ia6
Rochusstraße 1
53123 Bonn
E-Mail:  ej2010@bmas.bund.de

chung von Projekten aufgerufen. Zentrales Ziel der Kampagne, in die Betroffenenvertreter, Verbände sowie Länder und Kommunen eingebunden sind, ist es, das Bewusstsein für Armut und soziale Ausgrenzung sowie die gesellschaftliche Verantwortung zu schärfen und denjenigen Unterstützung zu geben, die im Alltag aktiv die Probleme angehen. Zu den Zielgruppen der Kampagne gehören Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderungen und verschiedene andere Gruppen.

Mit dem EJ 2010 sollen drei große Themenfelder sichtbar werden:

- „Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern!“
- „Wo ist der Einstieg? – Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden!“
- „Integration statt Ausgrenzung – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!“

Es wurden insgesamt 40 Projekte aus über 800 Projektanträgen ausgewählt, die mit rund 1,4 Millionen Euro kofinanziert werden. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales nannte die vielen zum Teil sehr guten und sehr mutigen Vorschläge „echte Leuchttürme gegen Armut und Ausgrenzung“. Die Projektarbeit wurde im Februar aufgenommen, alle Vertreter der 40 ausgewählten Projekte waren zur nationalen Auftaktveranstaltung des Europäischen Jahres am 25. Februar 2010 in Berlin eingeladen.

Auch drei deutsche kommunale Projekte sind unter den 40 ausgewählten Projekten: So führt das Regensburger Amt für Weiterbildung mit der Volkshochschule unter dem Titel „Leben und Arbeiten in Regensburg“ ein Projekt durch, mit dem ein Netzwerk zur Förderung beruflicher Integration gefördert wird (s. Seite 7ff.). Zielgruppe sind Menschen mit Migrationshintergrund, zu denen über eine spezielle Anlaufstelle Kontakt hergestellt werden soll. Es wird ein auf die Zielgruppe ausgerichtetes berufliches Bildungsangebot angeboten werden, das mit den lokalen Möglichkeiten in Wirtschaft und Verwaltung abgestimmt ist.

Die Verbesserung der herkunftsabhängigen Bildungs- und Entwicklungschancen für alle Heranwachsenden, besonders für Jugendliche aus dem islamischen Bildungskreis, ist Ziel des Projekts „lernTUMdenken“ – Teilhabe und Migration, das das Amt für Jugend, Schule und Sport der Stadt Hilden durchführt (s. Seite 10ff.). Geplant ist der Aufbau eines Informationssystems, das Familien auf bestehende Angebote hinweisen soll. Mit dem Projekt soll langfristig auch ein ganzheitliches Beratungs-

und Unterstützungssystem für betroffene Eltern in Hilden eingerichtet werden.

Die Kreisvolkshochschule des Landkreises Göttingen möchte mit ihrem Projekt „AGH im Fokus“ das Förderinstrument „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH)“ in ein besseres öffentliches Licht rücken (s. Seite 14ff.). Im Rahmen einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit sollen potenzielle Träger von Arbeitsgelegenheiten, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die Vorteile der AGH aufmerksam gemacht werden und der Stigmatisierung des Förderinstruments entgegen gewirkt werden.

Mit dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unternimmt die Europäische Union den ehrgeizigen Versuch, die Öffentlichkeit und die politisch Verantwortlichen in Europa – aber auch über Europa hinaus – zu größerem Engagement zu bewegen. Die Arbeit von Wohlfahrts- und Betroffenenverbänden, aber auch die Initiativen anderer Träger sollen anerkannt und gestärkt werden. Darüber hinaus soll aber auch die Wirtschaft bestätigt werden, ihre Verantwortung in der Gesellschaft wahrzunehmen und ihr Engagement zu verdeutlichen. Das Europäische Jahr kann somit zeigen, dass die Bekämpfung der Armut und der damit verbundenen sozialen Ausgrenzung letztendlich einen Gewinn für die Gesellschaft darstellt. ■



Infos

Internetportal der Europäischen Kommission zum Europäischen Jahr:

☞ <http://www.2010againstopoverty.eu>

Internetportal des Bundesministerium für Arbeit und Soziales zum Europäischen Jahr:

☞ <http://www.mit-neuem-mut.de>

Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates über das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010):

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:298:020:0029:DE:PDF>

Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung:

☞ http://www.bmas.de/portal/33452/property=pdf/2009_05_29_europaeisches_jahr_2010_strategiebericht.pdf

Faltblatt mit Informationen zur Nationalen Strategie für Deutschland:

☞ http://www.bmas.de/portal/33518/property=pdf/2009_05_29_europaeisches_jahr_2010_flyer.pdf

Eurobarometer-Studie zu Armut und sozialer Ausgrenzung:

☞ http://www.2010againstopoverty.eu/extranet/Eurobarometre_091215_DE.pdf